Fraktion im Hessischen Landtag FDP

Kommunalfinanzen unter Druck

Finanzierung sichern. Bürokratie abbauen. Kommunale Freiheit stärken.

Marion Schardt-Sauer MdL · Kommunaler Dialog · 27. November 2026

Kommunalbericht 2026: Die Finanzlage bleibt angespannt

Rechnungshof: Kommunale Defizite trotz gestiegener Einnahmen

2,4 Mrd. €

Finanzierungsdefizit der hessischen Kommunen 2025.

42,5 Mrd. €

Integrierte kommunale Schulden 2025: Kernhaushalte sowie zurechenbare Schulden kommunaler Unternehmen und Beteiligungen.

735 Mio. €

Kassenkredite Ende 2025. Diese dienen der kurzfristigen Liquidität, nicht der dauerhaften Finanzierung.

Die Schuldenzahl umfasst mehr als die unmittelbaren Rathaus- und Kreishaushalte.

Ausblick 2027: Die Finanzierungslücke bleibt

Kommunale Spitzenverbände und Innenministerium warnen vor strukturellen Defiziten

KFA 2027: 7,532 Mrd. €

Der Ansatz steigt nominal. Nach Einschätzung der kommunalen Spitzenverbände reicht der Zuwachs nicht aus, um die steigenden Pflichtausgaben aufzufangen.

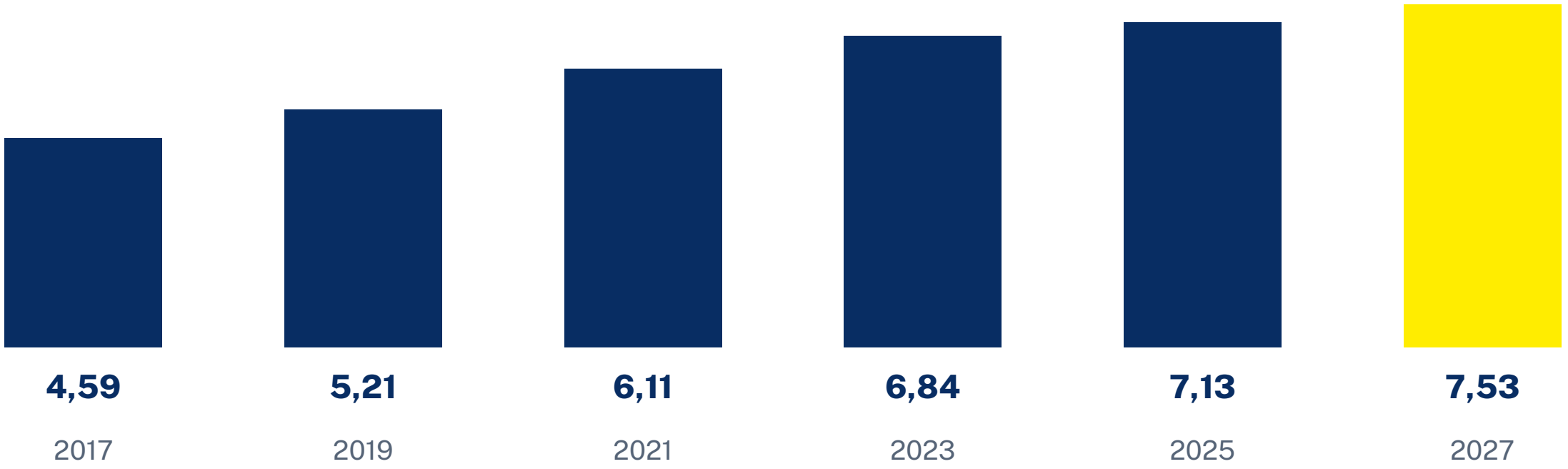
Finanzplanungserlass: Kostendruck

Das Innenministerium nennt besonders Sozialausgaben, Tarifkosten, Standards und bürokratische Vorgaben als Ursachen der Ausgabendynamik.

Maßstab ist nicht allein die Höhe der Zuweisungen, sondern die finanzierbare Aufgabenlast.

Zehn Jahre KFA: nominal deutlich mehr Mittel

Ausgewählte Werte aus der hessischen Finanzplanung, Milliarden Euro



2017–2027: rund 64 % nominales Plus. Die Aufgaben- und Kostenentwicklung ist darin nicht abgebildet.

KFA und Landessteuern: der Einjahresvergleich

2026 zu 2027: unterschiedliche Zuwachsraten im Haushaltsentwurf

Landessteuereinnahmen: +5,73 %

2027: 29,648 Mrd. Euro. Gegenüber 2026 bedeutet dies einen nominalen Zuwachs von rund 1,61 Mrd. Euro.

Kommunaler Finanzausgleich: +1,72 %

2027: 7,532 Mrd. Euro. Gegenüber 2026 steigt der Ansatz nominal um 127 Mio. Euro.

Ein Jahr belegt noch keinen langfristig sinkenden kommunalen Anteil.

Mehr KFA bedeutet nicht automatisch mehr Spielraum

Wachsende Pflichtausgaben und zusätzliche Vorgaben beanspruchen die Mittel

Beispiele aus dem kommunalen Alltag

Kinderbetreuung: Personalbedarf und Qualitätsvorgaben. Jugendhilfe: steigende Fall- und Leistungskosten. Eingliederungshilfe und Sozialhilfe: hohe Transferausgaben.

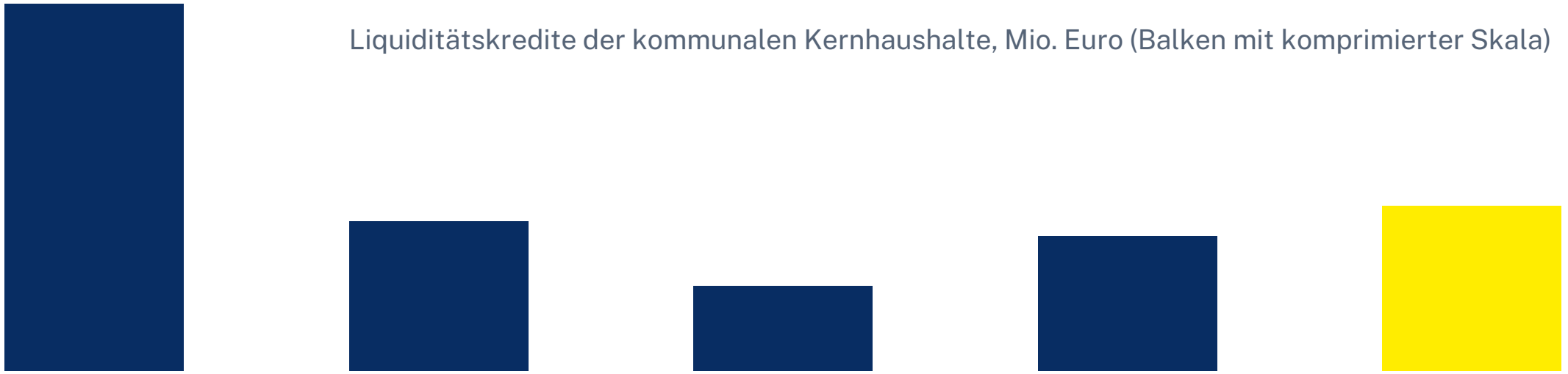
Der verfassungsrechtliche Maßstab

Nach dem Alsfeld-Urteil muss Hessen den kommunalen Finanzbedarf nachvollziehbar ermitteln. Auch für ein Mindestmaß freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben muss Raum bleiben.

Die zentrale Frage: Was bleibt nach Finanzierung der Pflichtaufgaben übrig?

Kassenkredite: Nach der Hessenkasse wieder im Anstieg

Die Entschuldung von 2018 beseitigte Altlasten, nicht alle Ursachen



86 % der Kommunen hatten Ende 2025 keine Liquiditätskredite im Kernhaushalt.

Befund: Die Krise ist strukturell

Drei Jahre mit negativen kommunalen Finanzierungssalden

2023 bis 2025 im Minus

2023: – 597 Mio. Euro.
2024: –2.480 Mio. Euro.
2025: –2.438 Mio. Euro.

Ein einmaliger Zuschuss schließt keine dauerhafte Finanzierungslücke.

Was daraus folgt

Mehr Transparenz über Aufgaben- und Kostenentwicklung. Finanzierungsverantwortung von Bund und Land klären. Aufgaben und Standards überprüfen.

Die Haushaltskrise lässt sich nicht allein durch neue Kassenkredite überbrücken.

Finanzplanungserlass 2027: Die Warnsignale verdichten sich

Vorläufiger Haushaltsvollzug 2025 und Haushaltsplanung 2026

46 %

der Kommunen konnten 2025 ihre Finanzrechnung jahresbezogen ausgleichen.

57

Kommunen meldeten überjährige Liquiditätskredite, gegenüber 33 im Vorjahr.

20 von 21

Landkreisen planten 2026 einen Fehlbedarf im ordentlichen Ergebnis.

Die Zahlen zeigen: Der Druck reicht weit über einzelne Kassenkreditfälle hinaus.

Berliner Appell: Auch die Landräte verlangen Reformen

Gemeinsamer Appell der hessischen Landrätinnen und Landräte, September 2026

Sofort: Kommunen 2027 stabilisieren

Die Landräte halten die KFA-Zuwächse für unzureichend und fordern für 2027 zusätzliche allgemeine Deckungsmittel. Die KFA-Reform 2028 soll die strukturelle Lücke schließen.

Dauerhaft: Aufgaben neu ordnen

Bund und Land sollen Soziallasten begrenzen. Aufgaben, Standards, Förderstrukturen und Verfahren sind zu überprüfen. Entlastungen müssen tatsächlich in den Haushalten ankommen.

Der Appell spricht für die Landkreise, nicht automatisch für sämtliche Städte und Gemeinden.

Förderbürokratie: Der „goldene Zügel“

Einzelprogramme kosten Verwaltungskapazität und begrenzen Prioritäten vor Ort

Heute: kleinteilige Projektförderung

Anträge, Förderbedingungen, Mittelabrufe, Verwendungsnachweise und Prüfungen binden Personal. Nicht immer passt die Förderlogik zu den dringendsten Projekten vor Ort.

Unser Ansatz: mehr Pauschalen

Verlässliche Mittel nach transparenten Kriterien. Kommunen setzen eigene Schwerpunkte und entscheiden, welche Investitionen vor Ort Vorrang haben.

Weniger Programme, weniger Antragsaufwand, mehr kommunale Selbstverwaltung.

Bayern: Investitionspauschalen als Beispiel

Art. 12 Bayerisches Finanzausgleichsgesetz

Wie funktioniert das Modell?

Gemeinden und Landkreise erhalten pauschale Zuweisungen für Investitionen, Instandsetzungen und Modernisierungen. Die Verteilung berücksichtigt Einwohnerzahl und Umlagekraft.

Was wäre in Hessen zu prüfen?

Einen größeren Teil der Investitionsförderung pauschal bereitstellen. Finanzschwächere Kommunen angemessen berücksichtigen. Projektbezogene Programme gezielt reduzieren.

Bayern kennt daneben weiterhin Einzelprogramme: Vorbild für einen Teilbereich.

Parlamentarische Initiativen der FDP-Fraktion

Die Forderungen werden bereits mit parlamentarischer Arbeit unterlegt

Finanzierung und Strukturen

Drs. 21/4355: Konnexität und kommunale Mehrbelastungen; Antwort der Landesregierung liegt vor.

Drs. 21/4936: Aufgaben- und Strukturreformen zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung.

Investitionen und Freiheit vor Ort

Forderung: 75 % der Bundes-Infrastrukturmittel für Kommunen statt 63 %.

Förderprogramme entschlacken und pauschale Zuweisungen ausbauen.

Unsere Linie: auskömmliche Finanzierung und weniger bürokratische Vorgaben.

Fraktion im Hessischen Landtag FDP

Was können wir gemeinsam anstoßen?

Welche Pflichtausgaben wachsen bei Ihnen am stärksten?

Welche Förderprogramme verursachen besonders viel Verwaltungsaufwand?

Wäre eine gemeinsame kommunale Initiative für mehr Investitionspauschalen sinnvoll?

Weiterlesen: Kommunalbericht 2026 · Hessischer Rechnungshof